

# Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Verlagsamt  
Tageblatt Riesa,  
Herrnstr. 22,  
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Kreisverwaltung beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptkolonialamts Riesa behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachamt:  
Dresden 1580,  
Stroßgasse  
Riesa Nr. 52.

Nr. 266.

Freitag, 14. November 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 4 mm hohe Grundzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 59 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Kufschlag, feste Tarife. Bei längerer Abwesenheit, wenn der Vertrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät, Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Anzeigenbelegte Briefe an den Verleger. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegeranstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Endspurt um die Transatlantik-Flugbereitschaft.

Von Hermann S. Burg.

Noch ist es ungewiß, ob und wann das stolze „Nimrod“ den Fall des Atlantik über den Atlantik antreten wird. Noch hat man auch keine endgültige Klarheit über die Gründe der Katastrophe des „M. 101“, so sorgfältig und einbringlich auch die Untersuchung darüber geführt wird. Noch weiß man also nicht mit Sicherheit, ob das Luftschiff „M. 101“ meteorologischen Ursachen oder Konstruktions- resp. Betriebsfehlern zum Opfer fiel. Das durch diese Katastrophe auf die Probe gestellte Vertrauen in die unbedingte Huberfähigkeit eines Luftschiffes ist also noch nicht völlig wiederhergestellt.

Eben darum ist es dringend erforderlich, die Ergebnisse der Untersuchung betreffend „M. 101“ in Beziehung zu setzen zu deutschen Luftschiffaufträgen, soweit diese hier in Betracht kommen. Und sie kommen — sogar in sehr erheblichem Maße — in Betracht. Nach Erlebigung zahlreicher Einzelgeheimnisse und des absurden Gerüchtes, daß man Sabotageakte gegen „M. 101“ auf die Spur gekommen sei, bleibt als vorläufig sichergestelltes Ergebnis, daß die Tragagödien des „M. 101“ verlagert haben. Sie verlagerten teils wegen Unachtsamkeit der Besatzung, teils aber — und das ist offenbar das Entscheidende gewesen — infolge Unachtsamkeit ihrer Wandlerinnen selbst durch Reibung an Konstruktionsstellen des Luftschiffes. Es ist wichtig, sich darüber klar zu werden, denn hier liegt der grundsätzliche Unterschied der Konstruktion des „M. 101“ von der deutschen Heppeline. Sind diese in sich stabilisiert durch den durch die ganze Länge des Schiffes gehenden Kiel, so hat man bei „M. 101“ zum ersten Male den Versuch gemacht, unter Verzicht auf einen solchen Kiel das Luftschiffgerüst durch Einbau verstärkter Querringe statisch zu sichern. Wenn nun die Annahme der Durchsicherung der Gaszellenwandungen zutrifft, so ist die besondere Konstruktion dieser verstärkten Querringe daran schuld. Und dafür, daß jene Annahme zutrifft, gibt es nunmehr schon eine ganze Reihe höchst stichhaltiger Zeugenaussagen.

Die deutschen Heppelin-Luftschiffe verdienen also, von der Erschütterung des Vertrauens in den Luftschiffbetrieb überhaupt verschont zu bleiben; sie haben ja überdies bereits ausreichende und bewundernswürdige Sturmproben siegreich bestanden und der Entschluß Dr. Edeners, seine Luftschiffe künftig mit Heliumgas zu füllen, verdinget das etwa noch bestehende Risiko weiter um einen entscheidenden Faktor.

Allein — es ist noch ein Einwand zu erheben. Es ist im Anfang der englischen Untersuchungen über die Luftschiffkatastrophe darauf hingewiesen worden, welcher verhängnisvoller Einfluß der Wunsch des englischen Luftfahrtministers, bis zum Beginn der Embryo-Konjunktur den Flug nach Indien und zurück glänzend hinter sich zu haben, auf die Entschlüsse der Luftschiffführung gehabt zu haben scheint. Man darf angesichts dessen darauf hinweisen, wie mutig und verantwortungsbewußt Dr. Edener stets rings um allein die Frage der Sicherheit der ihm anvertrauten Menschen den Ausschlag hat geben lassen. Nicht ist erfreulicher, als daß es so gewesen ist, als daß dadurch vielleicht die deutsche Luftschiffahrt vor einer solchen oder ähnlichen Katastrophe bewahrt worden ist.

Angesichts der Endziele aber, die die Transatlantik-Luftfahrt im Auge hat, muß die Frage aufgeworfen werden, ob und wie es in absehbarer Zeit möglich gemacht werden kann, die meteorologischen Hemmnisse, mit denen der Luftfahrer normalerweise zu rechnen hat, zugunsten einer wenigstens verhältnismäßigen Regelmäßigkeit des Transatlantik-Flugbetriebes auszuweichen.

In dieser Beziehung erwartete man von dem bevorstehenden Flug des „Do X“ Entscheidendes. Unglücklicherweise ist dieser Flug bei Beginn einer außergewöhnlich üblen Schlechtwetterperiode angetreten, so daß man mit der Möglichkeit einer langen Verzögerung rechnen muß. So erfreulich es wäre, wenn diese Verzögerung nicht eingetreten bräuhete, so sehr muß man doch hoffen, daß auch Kapitän Christmann den Sicherheitsfaktor allen anderen Fragen bei seinen Entschlüssen überordnet.

Was aber ist — immer im Hinblick auf die zukünftige Gestaltung des Transatlantikverkehrs — die Konsequenz dieser Erfahrungen bei Luftschiff und Flugzeug? Urteil man ohne irgendwelche Vorzugesommenheit für oder gegen Luftschiff oder Flugzeug, so muß man zu einem Kompromiß kommen. In dem Kompromiß nämlich, daß die Dispositionen für den Flug des „Do X“ bereits in Rechnung gestellt hatten: Der Ausflugslandung auf oder bei natürlichen oder künstlichen Inseln. Eine solche künstliche Insel sollte für den „Do X“ ein Landdampfer halbwegs zwischen Azoren und Bermudas-Inseln darstellen. Die Möglichkeit, auf einer natürlichen Insel zu landen, wie deren ja schon eine im Bau ist, unter Umständen Luftschiff suchen zu können, wäre aber auch für einen Heppelin unter Umständen eine nicht zu verachtende Sicherheit. Hier liegt zweifellos die Lösung des Problems der Transatlantik-Luftfahrt. Es braucht keineswegs Sieger und Besiegte in dem Kampf um die Transatlantik-Luftfahrt zu geben. Die Luftfahrt, die ein Luftschiff mit sich führen kann, wird vom Flugzeug — mögen sich die Dimensionen auch noch über den „Do X“ hinaus steigern — nie überboten werden. Dagegen wird das Flugzeug seine durchsichtliche, erheblich höhere Geschwindigkeit in die Waagschale legen können. Und zur Sicherheit beider wird man in Zukunft den Dampfer mit künstlichen Inseln betreiben, wie

## Große Mehrheit in Preußen für die Steuervorlagen.

d. Berlin. In der Donnerstagssitzung des preussischen Landtages fiel die Entscheidung über die Gemeindefiskal-, Getränke- und Bürgersteuer. Die Steuervorlage wurde mit der großen Mehrheit von 141 gegen 148 Stimmen angenommen. Vereinzelt Plur-Rufe bei Opposition vernehmen bald. Zu Beginn der Sitzung kam es zu erregten Erörterungen.

Der deutschnationalen Redner Vordt benutzte eine scharfe Anfrage an den Studenten-Landtag in Berlin, um gegen das System, das aus den November-Verbrechen entstanden ist, zu polemisieren. Er entfaltete mit seinen Worten die Studenten keineswegs, sondern entsetzte nur laute Protestrufe, die erst nach mehreren Ordnungsrufen abklangen.

In der Aussprache stellt sich Finanzminister Dr. Hopmann auf eine Anfrage des Abg. Kries hin hinter das Finanzprogramm der Reichsregierung. Das Befolgungs-fürsorge-Gesetz bedarf in Preußen seiner verfassungsbekräftigenden Mehrheit. Bedenken bestehen nur gegenüber dem Befolgungs-Sperregesetz, dessen Bestimmungen in einzelnen preussischen Städten bereits durchgesetzt wurden, so daß gegen eine nochmalige Durchführung Vorbehalte in den Wortlaut des Gesetzes aufgenommen werden müssen. Auch die Kürzung der Haussteuererträge für Neubautätigkeit ist für Preußen untragbar. Schon die Kürzung um ein Drittel ist eine starke Belastung. Im übrigen ist Preußen gewillt, die Pläne der Reichsregierung durchzusetzen, ununterbrochen. Es hofft, daß Dr. Brüning mit dem festen Willen zu ihrer Durchführung vor den Reichstag treten wird.

Nach den Abstimmungen, die zum Teil namentlich vor-

genommen werden mußten, kamen die deutschnationalen und volksparteilichen Anträge über die Errichtung von neuen pädagogischen Akademien zur Ausdrache. Sie gaben dem Kultusminister Dr. Grimm Gelegenheit zu einer großen staatspolitischen Rede, die auf das Haus erhebaren Eindruck machte. Mit besonderem Nachdruck wandte sich der Kultusminister gegen die Behauptung, daß die Abschaffung der Staatsregierung eine verlebende Brückensicherung des evangelischen Volksteils bedeutete. Er wies darauf hin, daß von 15 pädagogischen Akademien in Preußen nur zwei katholisch, 1 lutherisch, dagegen 12 rein evangelisch sind. Vom Gesichtspunkt der Parität aus konnte also die ursprünglich geplante Lösung, wonach zunächst einmal der katholische und der nichtkonfessionelle Volksteil bei der Neueinrichtung von Akademien berücksichtigt werden sollte, kaum beanstandet werden. Im übrigen ist die Errichtung der geplanten evangelischen Akademie in Potsdam zugleich mit den andern neuen Akademien beabsichtigt gewesen.

Inzwischen ist ein ganz neues Moment eingetreten, das die Frage völlig verändert. Die Stadt Berlin hat sich bereit erklärt, nicht nur an der Finanzierung einer, sondern zweier Akademien teilzunehmen. Damit ist die Möglichkeit gegeben, daß Ostern 1931 in Großberlin insgesamt 3 Akademien errichtet werden können. Demgegenüber will man in Volkspartei- und Zentrumskreisen die Neueinrichtung von Akademien überhaupt um ein Jahr hinauschieben, um gewisse Streitfragen, die mit der Simultan-Akademie zusammenhängen, vorher zu klären.

Zu diesen Fragen dürfte noch im Haushaltsausschuß ausführlich Stellung genommen werden.

Heute ist ja heutzutage schon ein Requisite zahlreicher, gar nicht mehr sonderlich utopischer Romane geworden.

## Arbeits- und Preislenkungsfragen vor dem Kabinettsauschuß

Berlin, 14. November.

Der vor einigen Tagen gebildete Kabinettsauschuß für Arbeits- und Preisfragen trat gestern in der Reichskanzlei unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning erstmalig zusammen. Es nahmen u. a. teil Reichsbankpräsident Dr. Cuhler, die Reichsminister Dietrich, Dr. Siegel, Wald und Schiele, der preussische Handelsminister Dr. Schreiber und der Leiter des Reichswirtschaftsministeriums Dr. Trendelenburg.

In der gestrigen Sitzung wurde vor allem eine systematische Aufstellung des ganzen Arbeitsgebietes vorgenommen, um durch organische Zusammenarbeit die auf Preislenkung gerichteten Tendenzen mit aller Macht zu stärken. Eine Verlautbarung über das bisherige Ergebnis der amtlichen Maßnahmen wird heute folgen. Die Beratungen des Kabinettsauschusses werden laufend fortgesetzt.

Wie wir in Ergänzung der Mitteilung über die gestrige Sitzung des Aktionsauschusses des Reichskabinetts für die Preislenkung noch erfahren, ist der Ausschuß in der Materie ziemlich weit vorwärts gekommen. Man hat die einzelnen Arbeitsgebiete in der Form auf die Mitglieder des Ausschusses verteilt, daß das zuständige Ministerium jetzt zum Beispiel die Frage prüfen wird, wie die Zinsläge gelindert werden können. Ein anderes Mitglied des Ausschusses wird das Problem der Preislenkung für Raritätenartikel übernehmen usw. Durch dieses systematische Vorgehen hofft man, die ganze Aktion zu beschleunigen. Die nächste Sitzung des Ausschusses wird Anfang nächster Woche stattfinden. Bis dahin soll bereits für eine Reihe von Fragen das erforderliche Material bearbeitet sein, damit der Ausschuß dann über weitere Maßnahmen beschließen kann.

Ein Berliner Abendblatt will übrigens wissen, daß die Einsetzung eines besonderen Reichskommissars für die Preislenkung beabsichtigt sei. Wir können feststellen, daß hiervon auf keiner zuständigen Stelle etwas bekannt ist. Eine solche Einrichtung würde auch kaum mit dem jetzt eingeschlagenen Verfahren des Aktionsauschusses in Einklang stehen. Dazu kommt noch, daß der Kanzler bekanntlich selbst den größten Wert darauf legt, die Führung der Preislenkungsaktion in der Hand zu behalten, um ihr durch das Schwergewicht seiner Stellung zum Erfolg zu verhelfen.

## Belands Bekanntnis zu Locarno

Paris, 14. November.

In der gestrigen Sitzung der französischen Kammer nahm Außenminister Briand, nachdem vorher der Abgeordnete Marin heftige Angriffe gegen Deutschland, das er der verletzten Aufrüstung beschuldigte, gerichtet hatte, das Wort, um sich eingehend über die Außenpolitik Frankreichs, besonders im Hinblick auf Deutschland, zu äußern. Er führte aus: „Man ließ gewisse deutsche Zeitungsartikel, auch gewisse Re-

den von angesehenen Deutschen, die laßhafte Wertschätzung hervorzuheben. Auch ich habe Entwürfe nach dieser Richtung zum Ausdruck gebracht und ich habe es in Genuß ausgesprochen. Ich habe niemals der deutschen Delegation gegenüber mich irgendwie zurückgehalten, meine Gedanken zum Ausdruck zu bringen, aber ich habe geglaubt, ein Anrecht auf gewisse anerkennende Kundgebungen zu haben. Ich habe sie leider nicht erlebt. In das etwa ein Beweis dafür, daß der französische Außenminister es an Klarheit hat fehlen lassen, und daß keine Politik auf der ganzen Linie Bankrott gemacht hat.“

Briand erklärte dann, er habe sich über das Ergebnis von Locarno nicht getäuscht. Er sei immer der Ansicht gewesen, daß man sich auf gewisse Rückschlüsse gefaßt machen müsse. Gegenüber verschiedenen Rednern der Interpellationsdebatte stelle er fest, daß seine Außenpolitik keine persönliche, sondern die Politik der gesamten französischen Regierung sei. Durch die Locarno-Verträge habe man von Deutschland schon dazu gelangt sei, den Krieg in Bann zu tun, sei Gewalt die deutsch-polnische Grenze abändern wolle. Frankreich habe stets auf der Seite Polens gestanden. Die wirtschaftlichen und Handelsvertragsverhandlungen hätten zu günstigen Abkommen geführt. Neben den früheren Gewaltmethoden gebe es jetzt friedlichere Mittel. Auf diese Weise sei der Frieden allmählich erhalten worden. Die Verträge seien unterzeichnet worden und würden nicht zerrissen werden, sondern bleiben. Zwischen Frankreich und Deutschland seien seit der Ruhrbesetzung Schwierigkeiten entstanden. Die Locarno-Abkommen hätten die Verbündeten Frankreichs dazu gebracht, die französische Grenze zu sichern. Die Folge der Locarno-Verträge sei gewesen, daß zwischen Deutschland und Frankreich mehr als 20 Handelsabmachungen zum Abschluß gekommen seien. Was bleibe von dem Vorwurf gegen seine Politik noch übrig? Sei es erstaunlich, daß es in einem Sechzig-Millionen-Volk eine Gruppe von Unzufriedenen und Unglücklichen gebe, die die Unordnung wollten und Haßrufe gegen Frankreich ausstießen? Aber es gebe doch Millionen anderer Wähler, die nur daran dächten, das Los ihres Landes zu bessern, das seit Locarno eine glückliche Entwicklung durchgemacht habe. Briand wandte sich gegen die Auffassung, daß eine Fühlungnahme mit Deutschland nicht möglich wäre und daß ein latenter Krieg, eine ständige Kriegsdrohung zwischen Deutschland und Frankreich schwebte. Im Gegenteil, jeder begreife, daß es im Interesse Frankreichs stehe, diese Lage im Sinne des Friedens abzuändern. Man werde in Deutschland sehr wohl begreifen, daß das Interesse Deutschlands, wie überhaupt jeder Nation, der Frieden sei. Daß Deutschland schon dazu gelangt sei, den Krieg in Bann zu tun, sei viel. Er gebe zu, daß man gegenwärtig einem schlecht gestimmten Deutschland gegenüberstehe. Das erfordert von Frankreich klare Erkenntnis, ja sogar Mißtrauen; aber bei dem Ergebnis der Reichstagswahlen habe er an die Bestimmungen der Reichsverfassung gedacht und er wisse, daß es in Preußen Männer gebe, die der republikanischen Verfassung ergeben seien.

Im Young-Plan gebe es Klauseln, die einen Zahlungsausschuß vorsehen; aber es sei davon noch nicht die Rede gewesen, und er hoffe, daß man auf sie nicht zurückgreifen werde. Briand forderte zum Schluß seine Kameraden auf, die Stellung des Außenministers nicht durch Anarische zu schwächen.